

Medienbriefing

NGOs veröffentlichen neue Datenbank zu Rüstungsexporten

- Erstmals werden Unternehmen transparent gemacht, die weltweit Kriegsparteien aufrüsten
 - ExitArms-Datenbank zeigt: Kriegsparteien in Libyen, im Jemen sowie im Kaschmir-Konflikt erhielten im Zeitraum 2015 bis 2020 die meisten Waffenlieferungen
 - Politik und Finanzindustrie müssen handeln: Rüstungsindustrie muss stärker reglementiert werden und darf nicht als sozial und nachhaltig eingestuft werden
-

Berlin | 27. Juni 2022

Die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen Facing Finance und urgewald haben heute die „ExitArms“-Datenbank veröffentlicht (www.exitarms.org). Es handelt sich hierbei um die erste öffentliche, globale Datenbank zu Unternehmen, die an Rüstungsexporten an Kriegsparteien¹ beteiligt sind.

Zum Start der ExitArms-Datenbank deckt die Analyse die Jahre 2015 bis 2020 ab.² Die Datenbank führt rund 500 Unternehmen auf, die in diesem Zeitraum direkt, über Tochtergesellschaften oder über Joint Ventures an knapp 1.400³ Rüstungsexporten beteiligt waren. Hierdurch wurden 33 Kriegsparteien beliefert, die in 52, größtenteils innerstaatlichen Kriegen involviert waren.

(→ Siehe Tabelle 1 im Annex)

Für die ExitArms-Datenbank werden methodisch nur Kriege nach dem „Heidelberger Konfliktbarometer“⁴ erfasst, die ohne Mandat der Vereinten

¹ Als „Kriegsparteien“ werden im Kontext der ExitArms-Datenbank Länder bezeichnet, in denen Kriege herrschen, und externe Akteure/Staaten, die mindestens direkt durch Truppen an einem Krieg und gegebenenfalls zusätzlich indirekt durch Waffenlieferungen an eine kriegführende Partei beteiligt sind.

² Dabei können Rüstungsexporte auch vereinzelt über diesen Zeitraum ins Jahr 2021 hinausgehen – Grund: Zeitunterschied zwischen Bestellung und letzter Auslieferung, die bis zum Rechercheschluss November 2021 noch erfasst werden konnte.

³ Zu 1.230 Einzellieferungen auf Länderebene in der SIPRI Arms Transfers Database für die Jahre 2015 bis 2020 konnte die ExitArms-Datenbank 1.363 einzelne Beteiligungen auf Unternehmensebene identifizieren und diese Beteiligungen 497 Unternehmen zuordnen.

⁴ Gemäß des Heidelberger Konfliktbarometers vom HIIK (Heidelberg Institute for International Conflict Research) berücksichtigt die Exit Arms-Datenbank nur Konfliktgeschehen der Kategorien 4 („begrenzter Krieg“) und 5 („Krieg“): <https://hiik.de/hiik/methodik/>; Hinweis: zur Konfliktanalyse nutzt die ExitArms-Datenbank darüber hinaus die BICC Database vom Bonn International Centre for

Nationen geführt werden.⁵ In einem zweiten Schritt werden entsprechende Exporte von Hauptwaffen(systemen)⁶ auf Basis der SIPRI Arms Transfer Database auf Länderebene identifiziert. Hiervon ausgehend recherchieren Facing Finance und urgewald in einem dritten Schritt akribisch die „Waffenlieferkette“ auf Unternehmensebene: vom Design bis hin zum Transport der fertigen Waffe bzw. des fertigen Waffensystems.⁷

Hauptzielgruppe als Nutzer der ExitArms-Datenbank sind Finanzinstitute, die mit ihr erstmalig ein geeignetes Instrument haben, um eine Divestment-Strategie zur Rüstungsindustrie sinnvoll zu formulieren oder zu schärfen. Zudem richtet sich die Datenbank als Informationsquelle an Politik, Regulatoren, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft.

ExitArms-Datenbank: Differenzierten Blick auf Waffenexporte ermöglichen

Die ExitArms-Datenbank soll – auch vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine – zu einer auf Fakten basierenden Debatte um Waffenexporte beitragen. Sie wirbt für einen differenzierten Blick auf deren Folgen und bewertet die Exporte vor dem Hintergrund internationaler Verträge und Konventionen. Angesichts eines versuchten Imagewandels der Rüstungsindustrie vom „Schmuddelkind“ hin zum „Garanten für weltweite Sicherheit und Nachhaltigkeit“ warnt **Thomas Küchenmeister**, Geschäftsführer von Facing Finance: „Seit der russischen Invasion in der Ukraine erleben wir eine öffentliche Debatte, in der übersehen wird, dass Rüstungsunternehmen ihre Güter nicht nur für die heimische Landesverteidigung oder die Unterstützung der Ukraine produzieren, sondern sie auch an zahlreiche kriegführende Despoten und Autokratien liefern. Diese werden damit in die Lage versetzt, im eigenen Land und in anderen Ländern teils systematische Menschenrechtsverletzungen oder gar Kriegsverbrechen zu begehen. Die Kriege in Libyen, Syrien und im Jemen, die zu enormen humanitären Katastrophen geführt haben, stehen dafür als traurige Beispiele. Sie lassen die Behauptung der Rüstungsindustrie, sie sei ‚sozial‘ und ‚nachhaltig‘, zynisch erscheinen.“

So beliefern einige der in der ExitArms-Datenbank aufgeführten Rüstungsunternehmen wie **Rostec, Raytheon, Leonardo, Airbus, BAE Systems und**

Conflict Studies zur Identifizierung von Menschenrechtsverletzungen und Risikoeinschätzungen zu illegalem Waffenhandel durch Kriegsparteien: <https://www.bicc.de/>

⁵ Bitte beachten: Im Untersuchungszeitraum wurden in Afghanistan, Mali, Syrien und Kongo (bestimmte) Konflikte der Stufe 4 und 5 nach Heidelberger Konfliktbarometer mit UN-Mandat geführt und sind daher nicht in der ExitArms-Datenbank enthalten.

⁶ Definition „major weapons“ nach SIPRI/Stockholm International Peace Research Institute: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#Coverage>. Dual-Use Güter werden berücksichtigt.

⁷ Die „Waffenlieferkette“ nach der ExitArms-Datenbank enthält Unternehmen, die für Waffendesign und -produktion sowie -lizenzierung, -reparatur, -modernisierung oder -modifizierung verantwortlich sind, und auch den Waffenexporteur im engeren Sinne, der Verkauf und Transport übernimmt.

Lockheed Martin umfangreich Kriegsparteien weltweit. Teilweise geschieht dies sogar gleichzeitig an rivalisierende Länder wie Indien und Pakistan im Kaschmir-Konflikt: So lieferte beispielsweise Rostec im Untersuchungszeitraum der ExitArms-Datenbank Kampfhubschrauber an Pakistan und die zur Abwehr geeigneten tragbaren Luftabwehrflugkörper an Indien.

Zudem zeigt die ExitArms-Datenbank, dass Rüstungsfirmen wie **Boeing** und **TKMS (ThyssenKrupp Marine Systems)** ihre Geschäfte mit Bomben und U-Booten für die Türkei auch nach deren Einmarsch in Nordsyrien fortsetzten. Ebenso gingen Raytheon's Lieferungen von gelenkten Bomben an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) nach Beginn des Jemen-Kriegs unvermindert weiter. Die gängige Ausrede der Rüstungsindustrie, sie würde die Lieferungen von Waffen kontinuierlich an die politische Situation in Empfängerstaaten anpassen (Ex-ante- vs. Ex-post-Betrachtung), wird nicht nur in diesen Fällen durch die ExitArms-Datenbank der Lüge überführt.

Die ExitArms-Datenbank belegt ebenfalls, dass sich die Rüstungsindustrie nicht immer an internationale Abkommen wie UN-Waffenembargos oder den Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, kurz ATT) hält. Beispielsweise erfolgten auch nach der Verhängung des UN-Waffenembargos Lieferungen an Kriegsparteien im Libyen-Krieg. Speziell vor diesem Hintergrund versucht die ExitArms-Datenbank auch, den tatsächlichen Waffeneinsatz in Kriegen zu dokumentieren – in einzelnen Fällen wie dem Libyen-Krieg oder dem Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan ist dies bereits erfolgt.⁸

Zentrale Ergebnisse der ExitArms-Datenbank-Recherche im Überblick:

- Die zehn Unternehmen, die die meisten Kriegsparteien im Untersuchungszeitraum belieferten, waren (konsolidiert auf Mutterkonzern-Ebene betrachtet): **Rostec** (21 Kriegsparteien), gefolgt von **Raytheon** und **Airbus** (je 14), **Leonardo** (13), **Lockheed Martin** (12), **BAE Systems** sowie **Pratt & Whitney** und **Boeing** (je 10), **AVIC** und **Rolls-Royce** (je 9).
(→ Siehe Tabelle 2 im Annex)
- Aus **Deutschland** wurden zwischen 2015 und 2020 Waffen an 16 verschiedene Kriegsparteien geliefert, insbesondere an Indonesien, Ägypten, Indien, Irak und VAE. Insgesamt 41 in Deutschland ansässige Firmen (26 Mutterunternehmen und 15 Tochterunternehmen) sind derzeit in der ExitArms-Datenbank erfasst. Darüber hinaus dokumentiert die ExitArms-Datenbank, wie deutsche Unternehmen ihre Waffenlieferungen über ausländische Tochterunternehmen

⁸ Dies wird als „verified use“ in der Datenbank dokumentiert.

abwickeln. Diejenigen Unternehmen, die die meisten Kriegsparteien im Untersuchungszeitraum belieferten, waren die in Deutschland ansässige Tochter von Airbus Group, **Airbus Defence and Space** (10 belieferte Kriegsparteien)⁹, **MTU Friedrichshafen** (8)¹⁰, **Rheinmetall** (7) und **ThyssenKrupp** (5).
(→ Siehe Tabelle 3 im Annex).

Grafik 1: Top 5 der Länder, die Kriegsparteien beliefern

Exportierendes Land	Anzahl und Namen der empfangenden Kriegsparteien	# Lieferungen
Russland	21 Armenien, Aserbajdschan, Brasilien, Burkina Faso, Kamerun, Ägypten, Äthiopien, Indien, Iran, Irak, Mali, Mozambik, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Saudi-Arabien, Südsudan, Sudan, Syrien, Türkei, VAE	131
USA	17 Brasilien, Kamerun, Ägypten, Äthiopien, Indien, Irak, Israel, Libyen, Mali, Nigeria, Pakistan, Katar, Saudi-Arabien, Türkei, Ukraine, VAE, Jemen	338
Deutschland	16 Brasilien, Ägypten, Äthiopien, Indien, Indonesien, Irak, Israel, Jordanien, Kuwait, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Katar, Saudi-Arabien, Türkei, VAE	94
China	15 ZAR, Demokratische Republik Kongo, Ägypten, Äthiopien, Iran, Irak, Mali, Myanmar, Nigeria, Pakistan, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, VAE	91
Frankreich	15 Brasilien, Burkina Faso, Kamerun, Ägypten, Äthiopien, Indien, Irak, Mali, Nigeria, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Türkei, Ukraine, VAE	103

- **Saudi-Arabien, VAE, Ägypten** sowie **Indien und Pakistan** gehörten zwischen 2015 und 2020 zu den am meisten belieferten Kriegsparteien weltweit. So sind entsprechend die drei Kriege, die am häufigsten mit Waffen versorgt wurden, der **Krieg in Libyen, im Jemen sowie der Kaschmir-Konflikt**.
(→ Siehe Tabelle 1 im Annex)
 - So erhielt beispielsweise **Saudi-Arabien** im Untersuchungszeitraum als **Kriegspartei im Libyen- und Jemenkrieg** insgesamt 141 Lieferungen. Die Top 5 Lieferanten an Saudi-Arabien waren dabei **Lockheed Martin Corp.** (21 Lieferungen), **Raytheon** (20), **Boeing** (15), **Airbus Group** (13) und **BAE Systems** (13).
 - Die **Türkei** erhielt im Untersuchungszeitraum als Kriegspartei im **Libyen-Krieg und in Nordsyrien** insgesamt 63 Lieferungen. Die Top 5 Lieferanten an die Türkei waren dabei **Raytheon** (13 Lieferungen), **Leonardo** (10), **Thales** (8), **Almaz-Antey** und **Boeing** (jeweils 7).

⁹ Das in Deutschland ansässige Tochterunternehmen vereint damit 10 der vorher 14 genannten von Airbus Group belieferten Kriegsparteien.

¹⁰ Das in Deutschland ansässige Tochterunternehmen vereint damit 8 der vorher 9 genannten von Rolls-Royce belieferten Kriegsparteien.

Grafik 2: Die drei Kriege, die im Untersuchungszeitraum am häufigsten mit Waffen versorgt wurden (nach Anzahl der in SIPRI dokumentierten Lieferungen, die in der ExitArms-Datenbank mindestens einem Unternehmen zugeordnet werden konnten.)

Krieg	Anzahl Lieferungen an beteiligte Kriegsparteien	Zusammensetzung auf Ebene Kriegsparteien	Top 5 exportierende Unternehmen
Libyen-Krieg	529	Saudi-Arabien (141), VAE (117), Ägypten (93), Katar (84), Türkei (63), Libyen (15), Sudan (12), Russland (4)	Raytheon (73), Leonardo (65), Airbus Group (49), Lockheed Martin Corp. (46), BAE Systems (44)
Jemen-Krieg	468	Saudi-Arabien (141), VAE (117), Ägypten (93), Katar (84), Sudan (12), Iran (8), Jemen (7), Jordanien (5), Kuwait (1)	Raytheon (60), Leonardo (55), Airbus Group (48) BAE Systems (45), Lockheed Martin Corp. (42)
Kaschmir-Konflikt	251	Indien (158), Pakistan (93)	Rostec (36, belieferte beide Seiten); Leonardo (34, ebenfalls an beiden Seiten), Israel Aerospace Industries (26, belieferte Indien), AVIC (22, belieferte Pakistan), China Aerospace Science and Industry Corporation (18, belieferte Pakistan)

Hinweis: Saudi-Arabien, Ägypten, Katar, Sudan und die VAE sind sowohl am Jemen-Krieg wie auch am Libyen-Krieg beteiligt. Die Waffenlieferungen an diese Konfliktparteien werden daher beiden Kriegen zugeordnet.

Finanzindustrie sollte sich von der Rüstungsindustrie distanzieren

Niels Dubrow, Rüstungs-Experte bei urgewald: „Die Rüstungsindustrie hält sich nicht immer an gesetzliche Vorgaben und internationale Abkommen, geschweige denn an grundlegende Standards beziehungsweise Normen für verantwortungsvolles Handeln.¹¹ Die ExitArms-Datenbank zeigt zwar ‚nur‘ die Spitze des Eisbergs, sie belegt aber empirisch, dass die Rüstungsindustrie offensichtlich keine Skrupel kennt und Kriegsparteien systematisch aufrüstet. Solange dies der Fall ist, sollten Unternehmen, die in der ExitArms-Datenbank zu finden sind, von Finanzinstituten bei Krediten, Versicherungen, Investments und Underwriting-Mandaten ausgeschlossen werden.“

Facing Finance und urgewald kritisieren derzeitige Tendenzen bei einzelnen Finanzinstituten, Selbstverpflichtungen zu Waffenexporten zu lockern oder nicht zu verschärfen. Als Gründe werden der Krieg in der Ukraine und die Diskussion um die Soziale Taxonomie der EU genannt, die stark von Lobbyaktivitäten der Rüstungsindustrie beeinflusst wird. Nicht selten wirkt es, als stecke dahinter allerdings in Wirklichkeit rein opportunistisches Verhalten und das in der Finanzbranche immer noch vorherrschende „Profit vor Moral-Denken“. **Thomas Küchenmeister**: „In den letzten Jahrzehnten haben Banken, Versicherungen und Pensionsfonds aus gutem Grund begonnen, internationale Standards der UN und

¹¹ Beispiele sind: die sozialen und umweltbezogenen Ziele des EU Green Deal, die European Social Charter oder die UN Guiding Principles on Business and Human Rights

der OECD zu übernehmen, welche die Achtung der Menschenrechte in den Geschäftspraktiken vorsehen. Die Rüstungsindustrie hat dies noch nicht getan und glaubt offensichtlich, dass diese Standards für sie nicht gelten. Will eine, sich zunehmend als nachhaltig darstellende Finanzindustrie nicht zur reinen ‚Greenwashing-Maschine‘ verkommen und jegliche Glaubwürdigkeit verlieren, darf sie die Rüstungsindustrie niemals als nachhaltig oder sozial klassifizieren.“

Politik ebenfalls in der Verantwortung

Facing Finance und urgewald verurteilen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste. Gleichzeitig fordern sie mit Blick auf die Politik: der Ukraine-Krieg darf nicht dazu führen, dass das legitime Recht auf Selbstverteidigung und die Unterstützung der Ukraine dafür missbraucht werden, um künftig Waffenlieferungen aller Art und an jeden Empfänger zu rechtfertigen. Denn so könnte Raum für eine willkürliche Anwendung geschaffen werden. Dann nämlich, wenn nicht allen Opfern von völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen gleichermaßen das Recht auf Selbstverteidigung zugestanden wird. Das zeigen Beispiele aus der Vergangenheit wie der völkerrechtswidrige Angriff der Türkei auf Kurdengebiete in Nordsyrien. Thomas Küchenmeister: „Hier gilt es, Doppelstandards und Selektivität zu vermeiden, damit keine Interessenpolitik mit humanistischer Tarnung betrieben wird.“¹²

Facing Finance und urgewald setzen sich für strengere Rüstungskontrollgesetze auf nationaler und europäischer Ebene ein. Die angekündigten Gesetzesvorhaben (unter anderem im Koalitionsvertrag der Bundesregierung) dürfen nicht verschoben und müssen ambitioniert umgesetzt werden. Hierbei muss verankert werden, dass Waffengeschäfte mit kriegführenden Staaten grundsätzlich verboten sind. Dies schließt auch die Durchsetzung, Einhaltung und Anwendung existierenden Rechts wie des Vertrags über den Waffenhandel ein. Allerdings kann es Ausnahmen geben, in denen Waffenlieferungen, wie zum Beispiel derzeit an die Ukraine, kurzfristig ein Mittel sein können, um das Recht auf Selbstverteidigung gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg wahrzunehmen. Dafür bedarf es dann aber einer sorgfältigen parlamentarischen Begründungspflicht.

Weitere Informationen über die ExitArms-Datenbank sowie Facing Finance & urgewald

Die ExitArms-Datenbank ist hier zu finden: www.exitarms.org

Die ExitArms-Datenbank soll mindestens einmal jährlich aktualisiert werden. Die Exporte des Jahres 2021 sollen in Kürze hinzugefügt werden. Ebenfalls sukzessive ergänzt werden diverse Recherchen,

¹² Laut Greenpeace wurden im Jahr 2021 von der Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von über 9 Milliarden Euro genehmigt. Mit Artikel 51 der UN-Charta, dem Selbstverteidigungsrecht, wurde dabei keine Exportgenehmigung öffentlich begründet.
<https://www.greenpeace.de/frieden/gesetz-ruestungsexportkontrolle-stark>

u.a. zu den Finanzinstituten, die hinter den Unternehmen, die in der ExitArms-Datenbank zu finden sind, stehen (durch Kredite, Underwriting, Investments). Eine erste Analyse hatte bereits die ebenfalls von Facing Finance und urgewald in Kooperation betriebene Verbraucherplattform „Faire Fonds“ (www.faire-fonds.info) vor kurzem durchgeführt: <https://www.faire-fonds.info/2022/05/19/greenwashing-bei-fonds-pm-zum-neuen-update/>

Disclaimer: Die in der ExitArms.org dokumentierten Waffenlieferungen an die Ukraine erfolgten nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014. Investor*innen und Kreditgeber*innen bzw. Nutzer*innen von der ExitArms-Datenbank müssen selbst entscheiden, wie sie die Lieferungen und die Unternehmen werten, die an diesen Waffenlieferungen beteiligt sind.

Kontakte

Thomas Küchenmeister, Geschäftsführer Facing Finance, kuechenmeister@facing-finance.org, +49-175 4964082

Stefanie Jellestad, Pressesprecherin urgewald
stefanie.jellestad@urgewald.org, +49-152-37199229